

Frisch, Alfred

Article — Digitized Version

Der wirtschaftliche Hintergrund zur Algerienfrage

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Frisch, Alfred (1958) : Der wirtschaftliche Hintergrund zur Algerienfrage, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 38, Iss. 5, pp. 277-280

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132635>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

In der Abteilung Molkereierzeugnisse seien die Milchkartons vielfach durchlässig. Backwaren seien leicht Beschädigungen ausgesetzt. Viele Verpackungen von gefrorenen Lebensmitteln nähmen im Verhältnis zum „Dollar-Volumen“ zu viel Platz ein. Schließlich sei bei der gegenwärtigen Verpackung von pharmazeutischen und kosmetischen Artikeln wie auch von Haushaltswaren Diebstahl leicht möglich.

ERZIELTE FORTSCHRITTE

Trotz dieser vielen Beanstandungen ist die Hälfte der befragten Gesellschaften der Ansicht, daß ein fühlbarer Fortschritt auf dem Gebiet der Verpackungstechnik in dem der Befragung vorhergehenden Jahre erreicht wurde. 67 % der Befragten vertraten den Standpunkt, daß in der Fleischwarenabteilung Verpackungsfortschritte zu verzeichnen waren, 61 % bekundeten das gleiche für den Obst- und Gemüsesektor. Auch für Kolonialwaren, Molkereiprodukte und Haushaltsartikel stellte man Fortschritte hinsichtlich der Verpackung fest. Dagegen war sich die Mehrheit der Fir-

men darüber einig, daß keinerlei Fortschritte auf dem Gebiet der Backwaren, der Gefrierwaren, der pharmazeutischen und kosmetischen Artikel festzustellen sind. Einen starken Aufschwung hat in den letzten 5—6 Jahren der nach Gebrauch fortgeworfene, sogenannte „Einweg“-Behälter genommen, dessen Absatzsteigerung in den USA in der genannten Zeit eine Verdoppelung der Produktion von geformten Kunststoffbehältern ermöglichte. Nach Schätzung der amerikanischen Kunststoffindustrie sind 1957 etwa 65 Mill. lbs „Einweg“-Kunststoffbehälter produziert worden, wobei es sich um so verschiedene Einzeltypen handelt wie kleinste Phiolen für medizinische Zwecke und Behälter für Fernlenkgeschosse. Die von der amerikanischen Kunststoffindustrie hergestellten „Einweg“-Behälter werden daher an die verschiedensten Industriezweige geliefert. Der Siegeszug des „Einweg“-Behälters hat den zur wiederholten Verwendung bestimmten Kunststoffbehälter, der vordem der Hauptabsatzartikel dieses Industriezweiges war, stark zurückgedrängt, obwohl noch immer große Absatzmöglichkeiten bestehen.

Der wirtschaftliche Hintergrund zur Algerienfrage

Alfred Frisch, Paris

Algerien ist nicht nur ein politisches Problem. Welche Lösung man auf politischer Ebene auch finden mag, die Befriedung im französischen Sinne oder die Unabhängigkeit nach den Vorstellungen der arabischen Welt, man wird sich ungeheueren, um nicht zu sagen hoffnungslosen wirtschaftlichen Schwierigkeiten gegenüber befinden. Mehr denn jedes andere Land ist Algerien auf ausländische Hilfe angewiesen. Es würde ihm sehr schwer fallen, den jetzigen französischen Beitrag zu seinem wirtschaftlichen Gleichgewicht durch andere Quellen auch nur teilweise ersetzen zu können. Es ist keine Entschuldigung oder Rechtfertigung der französischen Kolonialpolitik, der es an grundlegenden Irrtümern und Fehlleistungen keineswegs mangelt, wenn man feststellt, daß im Falle Algerien von kolonialistischer Ausbeutung nie die Rede sein konnte. Diese Schemata, die neuerdings die sogenannten jungen Völker in oberflächlicher Assimilierung marxistischer Thesen übernehmen, entbehren völlig der sachlichen Berechtigung. Gewiß, einige große Gesellschaften und einige dynamische Einzelpersonlichkeiten verstanden es, aus Algerien Vermögen herauszuwirtschaften. Sie schufen ihren Reichtum jedoch nicht zu Lasten der eingeborenen Bevölkerung, sondern fast ausschließlich dort, wo es früher nichts gab, wo vor ihnen nichts Konstruktives unternommen wurde. Diese Minderheit fällt jedoch bei der französisch-algerischen Wirtschaftsbilanz keineswegs ins Gewicht.

ARMUT DER EUROPÄER

In ihrer überwiegenden Mehrheit sind die heute in Algerien lebenden Europäer arme Leute. Dies gilt sowohl für die städtische Bevölkerung als auch für die französischen Bauern, die sich bereits vor Jahrzehnten

ansiedelten. Man wirft der letzten Gruppe vor, der arabischen Bevölkerung den besten Boden weggenommen zu haben. Auch dies ist nur sehr bedingt richtig. Die landwirtschaftliche Kolonisierung erfolgte vorwiegend in den versumpften Küstenstreifen, d. h. auf einem Boden, der von der eingeborenen Bevölkerung als unverwendbar angesehen wurde.

Nichts ist aufschlußreicher als die Tatsache, daß das Durchschnittseinkommen der Europäer in Algerien ganz erheblich hinter dem Einkommen im Mutterland zurückbleibt. Die Auswanderung aus Frankreich nach Algerien war im Grunde genommen für die meisten französischen Bauern eine ausgesprochene Fehlspekulation. Bei dem heutigen Stand der Technik kann aus den damals verlassenen armen südfranzösischen Böden bei Einsatz gleicher Mittel und Arbeitskraft viel mehr herausgeholt werden als selbst aus einem bewässerten und reichlich gedüngten algerischen Boden. Augenblicklich liegt der Weizenenertrag der europäischen Bauern Algeriens unter 10 dz pro Hektar gegenüber weit über 20 dz im Mutterland.

Günstiger sind die Verhältnisse allerdings für Wein und Zitrusfrüchte. Man machte es Frankreich wiederholt zum Vorwurf, der arabischen Bevölkerung, der der Alkohol bekanntlich durch ihre Religion verboten ist, den Wein aufgezwungen zu haben, statt durch verstärkten Getreideanbau die Ernährungsgrundlage des Landes zu verbessern. Ein derartiger Vorwurf ist mehr als oberflächlich. In den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts war die Rebe die einzige Hoffnung der französischen Bauern in Algerien, um materiell auf einen grünen Zweig zu kommen. Sie gedeiht dort gut und liefert einen stark alkoholhaltigen Wein, des-

sen Vermischung mit dem qualitativ schlechten Wein Südfrankreichs inzwischen zu einer Lebensfrage für den französischen Weinbau wurde. Absatzschwierigkeiten sind praktisch nicht gegeben. Es war zweckmäßig, den kargen algerischen Boden von Anfang an so rationell wie nur möglich auszunützen. Bis zum heutigen Tage fand man hierfür keine bessere Lösung als die Rebe. Der Weizenanbau in Algerien ist rein wirtschaftlich gesehen ein Widersinn. Auch die arabische Bevölkerung hat aus der allgemeinen Hebung des Lebensstandards, die der Wein ermöglichte, eindeutig Nutzen gezogen, und die Beseitigung der Rebstöcke käme für sie zweifellos einer wirtschaftlichen Katastrophe gleich.

Die Zitrusfrüchte wurden fast ausschließlich von den Europäern eingeführt. Die Pflanzungen waren lange durch zu niedrige Löhne für die arabischen Arbeiter begünstigt. In dieser Beziehung änderten sich jedoch die Verhältnisse recht grundlegend in der Nachkriegszeit, so daß nunmehr von unberechtigten Übergewinnen kaum noch die Rede sein kann.

In den Städten gibt es ein zahlreiches europäisches Proletariat, eine Tatsache, die ebenfalls der These von der kolonialistischen Ausbeutung widerspricht. Ein nicht geringer Teil der europäischen Bevölkerung Algeriens ist aus der Fremdenlegion hervorgegangen. Hierzu kommen sehr arme Einwanderer aus Spanien, Malta, Italien und dem östlichen Mittelmeer. Im Gegensatz zu den eigentlichen Kolonialländern, z. B. Zentralafrika, waren in Algerien die Klassenunterschiede innerhalb der europäischen Gesellschaft meistens ebenso groß wie die zwischen den Europäern und der Masse der Araber. In dieser Beziehung unterscheidet sich Algerien auch sehr stark von Südafrika, wo es praktisch keine europäische Unterschicht gibt.

ARMUT DER BODEN

Die Natur hat alles getan, um Algerien zu benachteiligen. Nach Süden ist das Land durch ein unwirtliches Gebirgsmassiv abgeriegelt, so daß es nie aus dem Transitverkehr mit Zentralafrika Nutzen ziehen konnte und keineswegs zufällig während vieler Jahrhunderte vom Bandenwesen und dem Piratentum lebte. Wirtschaftlich nutzbar ist nur ein schmaler und sehr langer Küstenstreifen, der praktisch kein nennenswertes Hinterland besitzt. Die natürlichen Hindernisse erschweren schließlich noch die Landverbindungen innerhalb dieses Küstenstreifens, mit dem Ergebnis, daß die einzelnen Bezirke Algeriens, d. h. Oran, Algier und Bône/Constantine, während der französischen Epoche wirtschaftlich stärker mit dem Mutterland als untereinander verbunden waren. Das war nicht etwa eine Folge der französischen Zentralisierungspolitik, sondern ausschließlich durch die Verkehrsverhältnisse bedingt. Noch heute ist der Transport einer Ware von Marseille nach Oran billiger als von Bône nach Oran. Zahlreiche arabische Invasionen und das weitverbreitete Nomadentum führten zur restlosen Bodenerosion. Das gilt vor allem für die ausgedehnten Gebirgsmassive, die normalerweise zu einer beachtlichen Reichtumsquelle hätten werden können, deren Aufforstung heute aber einige Jahrhunderte dauern würde.

Der Wassermangel ist so groß, daß von wenigen Ausnahmen abgesehen weder für bedeutende Bewässerungsanlagen noch für den Bau von Wasserkraftwerken die natürlichen Voraussetzungen gegeben sind. Ein sehr großzügiges französisches Projekt, das bisher nicht zuletzt aus finanziellen Gründen nicht verwirklicht werden konnte, sieht die Bewässerung einer ausgedehnten Hochebene durch die Anlage eines großen Grundwasserstausees vor, ein Weg, der bisher in keinem anderen Lande gegangen werden mußte.

Von den 220 Mill. ha des algerischen Territoriums sind nur 50 Mill. ha als einigermaßen produktiv zu bezeichnen. Hiervon läßt sich der überwiegende Teil nur sehr vorsichtig und mit häufigen Unterbrechungen kultivieren, wenn man eine Erosion vermeiden will. Nordalgerien kann lediglich ein Drittel seiner 20 Mill. ha der Landwirtschaft zur Verfügung stellen, in Südalgerien beschränken sich die Kulturen auf 0,97 % der Gesamtfläche von 199 Mill. ha. Während Marokko in den Gipfelgebieten des Atlas im Winter über eine natürliche Wasserreserve (Schnee) verfügt, hat Algerien auch diesen Vorteil nicht, denn seine Gebirge übersteigen nicht 2 000 m und sind nur selten mit Schnee bedeckt. Flußläufe, die ständig Wasser führen, gehören zu den Ausnahmen. 1954 stammten 65 % des Ertrages des Pflanzenbaues, der drei Viertel der algerischen Landwirtschaft ausmacht, von den 4,5 Mill. ha Land in den Küstenstreifen, d. h. von nur 9 % der als Kulturland ausgewiesenen Fläche.

Auch mit Bodenschätzen wurde Algerien kümmerlich bedacht. Sieht man von der Sahara ab, fand man bisher in diesem Lande nichts als ein im Grunde genommen unrentables Kohlenlager mit geringer Produktion bei Colomb-Béchar, einige inzwischen zur Neige gegangene Phosphatlager, die nie an die marokkanischen herankamen, und schließlich das Eisenerzvorkommen von Ouenza, das eine Jahresproduktion von durchschnittlich 2 Mill. t kaum übersteigt. Verschiedene Hoffnungen auf Blei, Zink und Kupfer wurden ziemlich schnell enttäuscht.

Schließlich muß man auch noch daran erinnern, daß die meisten Verkehrswege Algeriens und zahlreiche öffentliche Einrichtungen nicht aus wirtschaftlichen, sondern aus strategischen Gründen unter besonders starkem Einsatz der Fremdenlegion errichtet wurden. Der Wohlstand, der nach außen hin in den Küstenstreifen in Erscheinung trat, stützte sich ebenfalls zu einem nicht geringen Teil auf die ständige Anwesenheit von Truppenverbänden, die stets ziemlich zahlreich waren.

FRAGWÜRDIGER WOHLSTAND

Diese natürliche Armut wurde durch eine stürmische Bevölkerungsentwicklung ungewöhnlich verschärft. Zwischen 1856 und 1956 stieg die Einwohnerzahl von 2,5 auf 10 Mill. Der Satz der Bevölkerungszunahme erhöht sich gegenüber einem Weltdurchschnitt von rund 1 % ständig und übersteigt jetzt 2,5 % jährlich. Die Sterblichkeit sank auf den Stand, den das Mutterland um die Jahrhundertwende (13 ‰) aufwies, während die Geburtenquote auf dem hohen Niveau Frankreichs im 17. Jahrhundert (45 ‰) stehen blieb. Zwi-

schon 1953 und 1973 wird eine Zunahme der arabischen Bevölkerung in Algerien um 50 % erwartet. Vorläufig ist nicht abzusehen, wann dieser Bevölkerungszuwachs zum Stillstand kommen wird. Er ist außerdem sehr ungleich auf das Land verteilt. Es gibt dürre Gebiete in der Berberzone, die eine Bevölkerungsdichte wie Belgien aufweisen!

Alle bisherigen Industrialisierungsversuche müssen als gescheitert angesehen werden. An dem großen industriellen Aufschwung Frankreichs nach dem Kriege nahm Algerien bis zu Beginn der Feindseligkeiten kaum teil. Verantwortlich für diesen Fehlschlag sind unwirtschaftlich hohe Energiepreise (mindestens der dreifache französische Satz), die bereits erwähnten Verkehrsschwierigkeiten, die die Absatzgebiete der neuen Fabriken stark einschränken, die schwierige Verwendbarkeit der arabischen Arbeitskräfte, deren Durchschnittsleistung in Algerien stets niedrigerer als in Marokko oder Tunesien war, und schließlich der niedrige Lebensstandard des Landes, der auch für Konsumgüter, selbst was die europäische Kundschaft angeht, nur schwer eine rationelle Serienfertigung zuläßt. Dieser trübe wirtschaftliche Hintergrund hat sich in den letzten drei Jahren dank der außergewöhnlichen Kriegskonjunktur etwas aufgehellt. Algerien erlebt einen nie geahnten Wohlstand. Die militärischen Ausgaben übersteigen bei weitem die bisherigen produktiven Investitionen und Hilfskredite des Mutterlandes. Über 400 000 Soldaten, die teilweise einen recht hohen Sold erhalten, stellen eine beachtliche Käuferschicht, während die Armee für kleinere Fabriken und Werkstätten ein sicherer Abnehmer ist. Es ist daher nicht überraschend, wenn neuerdings in den algerischen Städten die Zahl der Automobile schneller wächst als in Frankreich und der Wohnungsbau eine überraschende Blüte erlebt. Besonderes Glück haben die algerischen Weinbauern, die infolge von zwei Mißernten in Frankreich ihre Produktion zum doppelten und dreifachen Preis absetzen können, d. h. Überwinne erzielen, die in der besten Epoche des Kolonialismus unvorstellbar gewesen wären.

ZEHNJAHRESPLAN

Schon lange sieht Frankreich mit Recht oder Unrecht im wirtschaftlichen Aufstieg Algeriens eine Alternativlösung zu den nationalistischen arabischen Forderungen.

Man stelle zunächst fest, daß die bisherigen Investitionen gerade gestatteten, den Bevölkerungszuwachs auszugleichen und keine Hebung des Lebensstandards der eingeborenen Bevölkerung ermöglichten. Es muß daher in Zukunft mehr getan werden. So entstand ein ehrgeiziger Zehnjahresplan, dessen Endergebnisse verhältnismäßig bescheiden sein werden, dessen finanzielle Erfordernisse jedoch weit über die französischen Möglichkeiten hinausgehen und voraussichtlich größer sein werden als die jetzige finanzielle Belastung des Mutterlandes durch die Feindseligkeiten in Algerien. Dieser Zehnjahresplan erfordert nämlich eine globale Investition von 4700 Mrd. ffrs, je zur Hälfte aus öffentlichen und aus privaten Mitteln. Das Mutterland müßte in diesen zehn Jahren Algerien in Form von Krediten und Subventionen 1300 Mrd. ffrs zur Verfügung stellen, d. h. jährlich 95 Mrd. ffrs 1958—1960, 140 Mrd. ffrs 1961 und 150 Mrd. ffrs ab 1962. Weitere 1000 Mrd. ffrs sollen von Algerien, das in der Vergangenheit regelmäßig auf Subventionen des Mutterlandes angewiesen war, aufgebracht werden. Hierzu wäre es erforderlich, den Steueranteil am Volkseinkommen von 21,5 % im Jahre 1954 auf 26,4 % am Ende der Zehnjahresperiode zu steigern. Wie ein armes Land eine derartige Steuerlast tragen kann, ist unklar. Man darf daher realistisch annehmen, daß der Beitrag des Mutterlandes von 2000 Mrd. ffrs nicht allzu weit entfernt sein kann, wenn der Zehnjahresplan tatsächlich verwirklicht werden soll. Auch der algerische Anteil an den Privatinvestitionen, d. h. etwa ein Drittel des erforderlichen Kapitals von 4700 Mrd. ffrs, dürfte zu hoch angesetzt sein. 950 Mrd. ffrs sind schließlich für den Erdölsektor, der direkt und indirekt nur eine geringe Anzahl zusätzlicher Arbeitsplätze schafft, vorgesehen.

Selbst wenn es gelänge, diesen Zehnjahresplan in die Tat umzusetzen und wenn, wie angenommen wird, der Lebensstandard der arabischen Bevölkerung dann jährlich pro Einwohner um 7—8 % zunähme, würde nach Ablauf der Zehnjahresperiode die arabische Familie nur über ein Durchschnittseinkommen von 4000 DM jährlich verfügen, während bereits das jetzige französische Durchschnittseinkommen jährlich bei etwa 3500 DM pro Einwohner liegt. Der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtproduktion würde von 32 auf



Foreign Exchange Bank

HAMBURG OFFICE : Hamburg 36, Jungfernstieg 51
 REPRESENTATIVE OFFICE
 IN DÜSSELDORF : Düsseldorf, Berliner Allee 47

THE BANK OF TOKYO, LTD.

HEAD OFFICE: NIHOMBASHI, TOKYO, JAPAN

OVERSEAS OFFICES: New York, Rio de Janeiro, São Paulo, Buenos Aires, London, Hamburg, Alexandria, Calcutta, Bombay, Karachi, Vientiane, Singapore, Hong Kong and 14 Representatives in Other Countries

AFFILIATE: THE BANK OF TOKYO OF CALIFORNIA SUBSIDIARY: THE BANK OF TOKYO TRUST COMPANY
 San Francisco, Los Angeles, Gardena New York

15 % zurückgehen. Aber auch dann müßten noch 51 % der erwerbstätigen Bevölkerung (gegenüber 72 % 1954) in der Landwirtschaft tätig sein. Auf den Energiesektor würden 19 % des Produktionswertes, aber nur 2,2 % der Arbeitskräfte entfallen, auf das Bauwesen 12,6 % des Produktionswertes und 12 % der Arbeitskräfte, auf die verarbeitende Industrie 16 % des Produktionswertes (gegenüber 14,4 % 1954) und 10 % der Arbeitskräfte (gegenüber 6 % 1954). Dagegen würde der Dienstleistungssektor 17 % der Arbeitskräfte (gegenüber 12 % 1954) aufnehmen. In dieser Strukturverschiebung zeigen sich deutlich die Grenzen der Industrialisierung. Die landwirtschaftlichen Erwartungen sind äußerst bescheiden. Der durchschnittliche Getreideertrag soll trotz des jetzigen niedrigen Standes kaum um 2 dz pro Hektar verbessert werden. Die bewässerten Anbauflächen sollen sich in zehn Jahren lediglich von 170 000 auf 275 000 ha erhöhen, und bereits hierfür ist eine Investition von 1,85 Mrd. DM erforderlich. Der Gesamtinvestitionsbedarf der Landwirtschaft wird auf 6 Mrd. DM geschätzt.

BODENSCHÄTZE DER SAHARA

Es bleibt die Frage offen, wie weit die jüngsten Entdeckungen in der Sahara die algerische Wirtschaftslage verbessern werden. Bisher wurden nur Erdöl und Erdgas gefunden. Man muß zwischen dem Exportertrag des Rohöls und der Umgestaltung der Energieverhältnisse im Lande selbst unterscheiden. Vorläufig ist — etwa bis 1961 — mit Gewißheit eine Rohölproduktion von 10 Mill. t in Rechnung zu stellen. Selbst wenn ein Höchstmaß des Gewinnes dieser Produktion im Lande bleibt, werden hierdurch, unter Berücksichtigung der hohen Amortisationslast für die unumgänglichen Investitionen, verhältnismäßig bescheidene Mittel mobilisiert. Erst bei einer Produktion von 30—40 Mill. t würde das Rohöl Algerien tatsächlich eine Erleichterung bringen. Allerdings interessieren sich für den Ertrag noch weitere Anwärter: Tunesien, Libyen und vielleicht auch Zentralafrika.

Viel günstiger ist die Tatsache, daß neue Industrien in Algerien in Zukunft mit billiger Energie und auch mit Erdöl oder Erdgas als Rohstoffbasis rechnen dürfen. Man plant deshalb eine sehr umfangreiche erdölchemische Industrie im Bezirk von Algier und ein großes Stahlwerk auf Erdöl- oder Erdgasgrundlage neben dem Eisenerzlager von Ouenza im Bezirk von Bône. Für die Erzeugung elektrischer Energie kommt vor allen Dingen Erdgas in Frage. Einige hundert Kilometer von der Küste entfernt wurden reiche Vorkommen entdeckt, die unter günstigen Bedingungen ausgebeutet werden können. Nur ist eine Rentabilität erst bei großem Absatz, d. h. bei einer jährlichen Mindestproduktion von 3 Mrd. cbm, gegeben. In Algerien können jedoch selbst bei Verwirklichung der erwähnten Industrialisierungspläne nur 1 Mrd. cbm untergebracht werden. Man spielt daher mit dem Gedanken, Erdgas oder elektrische Energie durch Unterwasserleitungen oder -kabel nach Europa (vorwiegend Spanien und Süditalien) zu schicken. Nur ist dieses Projekt technisch noch nicht restlos geklärt und würde außerdem hohe Investitionen erfordern. Aber selbst wenn Energie in Algerien billig zur Verfügung steht, verbleiben die anderen oben erläuterten Hindernisse für eine schnelle Industrialisierung. Dies wurde in dem Zehnjahresplan durchaus berücksichtigt. Er stützt sich übrigens bereits auf die Erdölreserven der Sahara.

Man darf daher abschließend feststellen, daß selbst unter günstigen wirtschaftlichen und vor allen Dingen politischen Bedingungen, d. h. ohne endgültigen Bruch zwischen Frankreich und Algerien, dieses nordafrikanische Land zwangsläufig eine sehr bescheidene wirtschaftliche Zukunft hat. Sein entscheidendes Bevölkerungsproblem kann wohl allein durch eine vernünftige Geburtenpolitik, d. h. durch eine Aufgabe der überholten Sitten und Gebräuche, sowie durch eine regelmäßige Auswanderung nach anderen Gebieten Afrikas, die ein tragbares wirtschaftliches Gleichgewicht ermöglichen würden, gelöst werden.

Probleme des polnischen Außenhandels

Dr. Karl Alexander, * * *

Polen sucht seit dem Oktober 1956 und sogar schon etwas länger, wenn auch in zaghafter Form, nach einer neuen Außenhandelskonzeption. Die alte Konzeption hat die Schwierigkeiten nicht beseitigen können. Sie war ein Programm, das mit geringen Modifikationen für alle europäischen Länder des Ostblocks verbindlich war. Der Außenhandel sollte nämlich hauptsächlich folgenden Zielen dienen: der schnelleren Industrialisierung und dem Ausbau der Kriegsindustrie sowie der Befriedigung der Bedürfnisse der UdSSR und der anderen Volksdemokratien. Die wirtschaftlichen Kriterien kamen erst an zweiter Stelle, die politischen Kriterien dominierten. Bei dieser Politik hat Polen von allen Volksdemokratien die größten Opfer zu tragen gehabt. Es ist also nicht verwun-

derlich, daß seit Oktober 1956, gleich nach Beginn der „Erneuerung“ in Polen, die Außenhandelspolitik einer Revision unterzogen wurde.

Für die polnischen Planer, denen vorschwebt, daß Polen den wirtschaftlichen Abstand zu den industriell hochentwickelten westeuropäischen Ländern aufholt oder doch wenigstens verringert, war die Tatsache durchaus nicht nebensächlich, daß in einer Reihe von westeuropäischen Staaten in den Nachkriegsjahren der Außenhandelsumsatz wesentlich schneller stieg als die industrielle Produktion. In Frankreich ist das Volumen des Außenhandelsumsatzes in den Jahren von 1949 bis 1956 um fast das Doppelte des polnischen gestiegen, in Holland sogar noch um mehr als das Doppelte, von der Bundesrepublik ganz zu schwei-